

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Für ein funklochfreies Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass die Versorgung mit mobilen Sprach- und Datendiensten zu den grundlegenden Bedürfnissen einer modernen digitalen Gesellschaft gehört. Der Ausbau einer leistungsstarken und flächendeckend verfügbaren Mobilfunkinfrastruktur, und zwar in urbanen Bereichen gleichermaßen wie im ländlichen Raum, ist maßgebliche Voraussetzung für künftige Anwendungen einer digitalisierten Gesellschaft. Insofern sind die aktuell von der Bundesregierung gewählten Rahmenbedingungen des Frequenzvergabeverfahrens für das 5G-Netz als strukturell nachteilig für Mecklenburg-Vorpommern einzuschätzen.
- II. Der Landtag begrüßt die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung auf der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder sowie in dem Konferenz-Norddeutschland-Gespräch mit Bundesminister Andreas Scheuer am 23. November 2018 und im Beirat der Bundesnetzagentur am 26. November 2018, sich für eine Lösung des Problems der unzureichenden Mobilfunk-Netzabdeckung einzusetzen.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 1. zügig eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, dass der Bund seine grundgesetzliche Kompetenz einsetzt, um eine flächendeckende Versorgung mit modernen Mobilfunkstandards zu erreichen. Auflagen bei der Vergabe der 5G-Frequenzen müssen dabei an die Versorgung der Fläche statt an die Versorgung der Haushalte angeknüpft werden.
 2. für den Fall, dass eine einvernehmliche und mehrheitsfähige Lösung hinsichtlich der sachsen-anhaltischen Bundesratsinitiative für ein nationales Roaming nicht zeitnah erreicht werden kann (vgl. Drucksache 7/2579), zumindest die Option eines regionalen Roamings für ländliche Regionen aktiv anzustreben.

IV. Der Landtag appelliert an die Bundesregierung, beim Vergabeverfahren der 5G-Frequenzen eine positive Entwicklung aller Regionen in Deutschland im Blick zu behalten und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse über singuläre monetäre Effekte für den Bundeshaushalt zu stellen.

Vincent Kokert und Fraktion

Thomas Krüger und Fraktion

Begründung:

Die Vergabemechanismen der UMTS sowie der LTE-Frequenzen haben dazu geführt, dass gerade in Mecklenburg-Vorpommern eine unzureichende Flächenabdeckung bei schnellen mobilen Datenverbindungen besteht, teils existieren selbst im klassischen Mobilfunkbereich Funklöcher. Es bleibt zu bezweifeln, dass das aktuell vom Bund gewählte Verfahren bei der Vergabe der 5G-Frequenzen zu einem besseren Ergebnis hinsichtlich einer landesweiten Verfügbarkeit eines 5G-Netzes führen würde. Insofern ist im Interesse einer auch zukünftig weiterhin positiven Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns auf ein Umsteuern seitens des Bundes und eine stärkere Verpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber zur Versorgung der Fläche abzustellen.